



Plenum

Bundestag beschließt Einrichtung eines „Zukunftszentrums“

Der Bundestag hat am **Mittwoch, 18. Mai 2022**, für die Einrichtung eines **Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit**. Ein entsprechender Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit dem Titel „**Ein Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit schaffen**“ ([☐ 20/1857](#)) wurde mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen und CDU/CSU bei Stimmenthaltung der AfD und Die Linke angenommen. Zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen wurde hingegen eine Unterrichtung durch die Bundesregierung mit dem Titel „Eckpunkte zur Einrichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ ([☐ 20/1764](#)).

Daraus geht hervor, dass das von der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ vorgeschlagene Zukunftszentrum darauf abzielt, einen „Knotenpunkt für die wissenschaftliche und kulturelle Auseinandersetzung mit der weitreichenden und alle Lebensbereiche umfassenden Transformationserfahrung im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung Deutschlands einerseits und der inneren Einheit unseres Landes andererseits“ zu schaffen.

Strategien für Transformationsprozesse der Gegenwart und Zukunft

Ziel des Zukunftszentrums ist es danach, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stiften, den engen Zusammenhang von Deutschlands Einheit und der Demokratie in Europa zu sichern sowie im internationalen Austausch zu thematisieren. Darüber hinaus sollen Strategien für die „Transformationsprozesse der Gegenwart und Zukunft“ entwickelt werden. Mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gehe es darum, welches Land Deutschland in Europa sein wolle, heißt es in der Unterrichtung.

Wie die Bundesregierung darin weiter mitteilt, ist geplant, für das Zentrum ein neues Gebäude zu errichten oder ein bestehendes Gebäude „mit signifikanter Architektur“ zu „transformieren“. Der Standort des künftigen Zentrums in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Thüringen und die bauliche Gestaltung des Zentrums sollen in offenen Verfahren als Standort- und Realisierungswettbewerb ermittelt werden. Der Standortwettbewerb beginne, sobald das Bundeskabinett die Einleitung der Standortsuche beschlossen habe. Die weiteren Schritte sollen nach Beratung und Beschluss des Bundestages auf der Grundlage einer Entscheidungsvorbereitung der Bundesregierung eingeleitet werden.

Antrag von SPD, Grünen und FDP

Die Koalitionsfraktionen setzen sich für die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ ein. In einem gemeinsamen Antrag ([☞ 20/1857](#)) fordern sie die Bundesregierung auf, ein umfassendes Konzept für die Einrichtung zu erarbeiten. Das Zentrum soll ein Ort sein, „an dem gesellschaftsrelevante Forschung, Dialog und Begegnung sowie Kunst und Kultur unter einem Dach zusammengeführt werden und Raum erhalten, um gesellschaftliche Transformationsprozesse umfassend zu beleuchten, wie sie in Europa durch die historischen Entwicklungen seit der KSZE-Schlussakte von 1975 angelegt wurden und nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges stattgefunden haben“, heißt es in dem Antrag.

Nach dem Willen der Fraktionen soll das Zentrum in Ostdeutschland angesiedelt werden. Die Bundesregierung soll deshalb einen Standort-Wettbewerb entsprechend der von der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ erarbeiteten personellen, räumlichen und inhaltlichen Kriterien ausloben.
(vom/irs/18.05.2022)